PB.L-01-522

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Simone Haberer (KV Würzburg-Stadt)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 521 bis 524 einfügen:
ökologischen Bewirtschaftungsvorgaben unterstützen. Das dient auch dem ökonomischen Mehrwert. Die öffentlichen Forstverwaltungen müssen die Herausforderung des Klimawandels offensiv angehen und sich gleichzeitig im Sinne einer Gemeinwohlökonomie entwickeln. Erst durch die Orientierung an nicht-monetären Zielen in der Bilanzierung ist die Nachhaltigkeit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem in den Wäldern wirklich gesichert. Die Bewirtschaftung von Flächen der öffentlichen Hand soll an ökologische Kriterien – im Wald nach FSC, in der Landwirtschaft nach Ökolandbau zertifiziert – geknüpft werden. Private Waldbesitzer, die über 50% des Waldeigentums in Deutschland besitzen, sollen für eine biodiverse und ökologisch ausgerichtete Waldwirtschaft von der Gesellschaft ideel und finanziell gefördert werden. Wir wollen 5 Prozent unserer Wälder komplett aus der Nutzung nehmen. Dazu weisen wir

Begründung

Die öffentliche Forstverwaltungen (Kommunalwald, Staatsforst, Bundesforsten) betreuen ca. 40% der Waldfläche im Bundesgebiet, zudem oft in der Nähe von Städten und Ballungsräumen. Wälder haben heute mehr denn je eine herausragende Bedeutung für das Gemeinwohl z.B. über ihre Klimaschutzwirkung, als Lieferer des ökologischen Baustoffs Holz, als Trinkwasserressource, zur Erholung und als biodiverser Lebensraum und letztes Rückzugsgebiet für viele gefährdete Tier- und Pflanzenarten.

In den vergangenen Jahrzehnten, insbesondere während der neoliberalen Reformzeiten der 2000er Jahre, wurden die öffentlichen Forstverwaltungen privatrechtlich ausgerichtet. Klarer Gesetzesauftrag war die Gewinnerzielung, welche über einen starken Personal- und Aufgabenabbau sowie eine massive Ausweitung der Holznutzung in den Wäldern kurzfristig ermöglicht wurde. Diese Entwicklung hält bis heute an, ist aber aufgrund der Herausforderungen des Klimawandels nicht mehr zeitgemäß und zielführend.

weitere Antragsteller*innen

Elmar Müller (KV Würzburg-Stadt); Nadine Bauer (KV Würzburg-Stadt); Christian Klöcker (KV Würzburg-Stadt); Kristof Brenzinger (KV Würzburg-Stadt); Klaus Wenger (KV Würzburg-Stadt); Daniel Lenhart (KV Würzburg-Stadt); Molina Klingler (KV Würzburg-Stadt); Christa Grötsch (KV Würzburg-Stadt); Maria-Anna Foohs (KV Würzburg-Stadt); Sven Winzenhörlein (KV Würzburg-Land); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Martin Wolf (KV Miesbach); Susanne Cimander (KV Würzburg-Land); Stephan Link (KV Würzburg-Stadt); Eva Trapp (KV Kitzingen); Karin Miethaner-Vent (KV Würzburg-Stadt); Victor Trapp (KV Kitzingen); Kathrin Sackmann (KV Würzburg-Stadt); Niklas Dehne (KV Würzburg-Stadt)